



## Mitteilung der Verwaltung

**Betreff: Stellenbewertung in der Stadtteilkultur**

### Sachverhalt

Ausgelöst durch eine Initiative vom Bündnis *KulturWert* aus dem Jahr 2019 mit dem Ziel, die Bezahlungen in der Beschäftigten in der Stadtteilkultur überprüfen zu lassen (siehe unten: Fair statt prekär), hat die Behörde für Kultur und Medien (BKM) im März 2020 ein Verfahren zur Überprüfung der angemessenen Bezahlung der Beschäftigten in geförderten **Stadtteilkultureinrichtungen** und **Geschichtswerkstätten** angestoßen (SKA, Drs. 21/1923) und mit den Bezirken abgestimmt.

### Verfahren

Geplant war ein zweistufiges Verfahren zur Ermittlung der Differenzen zwischen aktueller Bezahlung und Einstufung der Beschäftigten und des finanziellen Mehrbedarfs der korrekten und angemessenen tariflichen Bezahlung.

Die **erste Stufe** wurde vom federführenden Bezirksamt Harburg koordiniert und mit der Ermittlung eines Fehlbedarfes von rund 200.000 € abgeschlossen. Mit diesem Betrag wäre es möglich, den aktuellen Fehlbetrag durch tarifliche Gehaltsentwicklung in der Förderung der Stadtteilkulturzentren abzudecken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnte die BKM zwischenzeitlich erreichen, dass 100.000 € p.a. jeweils für den Doppelhaushalt 2021/22 sowie den Doppelhaushalt 2023/24 von der Hamburgischen Bürgerschaft zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus wurden für den Doppelhaushalt 2023/24 weitere Mittel in Höhe von 100.000 € p.a. bereits gestellt.

In der **zweiten Stufe** sollen die rund 300 Stellen in den Stadtteilkulturzentren überprüft und ggf. neu bewertet werden. Dafür sind vielfach neue Aufgabenbeschreibungen zu erstellen, da sich Arbeiten verändert oder Aufgaben neu ergeben haben. Aktualisierte Entwürfe dieser Aufgabenbeschreibungen werden zurzeit von den Stadtteilkulturzentren erstellt, müssen aber zum Großteil vom Bezirksamt geprüft und bewertet werden.

Wenn der Bewertungsprozess der Stellen in der Stadtteilkulturzentren abgeschlossen ist, sollen in einem weiteren Verfahren die Stellen der **Bürgerhäuser** überprüft und bewertet werden.

Der ermittelte Mehrbedarf soll in künftige Haushaltsverhandlungen einfließen.

Das Bezirksamt Harburg, als Federführer, wird diesen Prozess koordinieren und die Stellenbewertungen durchführen. Dafür wurde dem Bezirksamt Harburg eine Projektstelle für ein Jahr, mit einer Verlängerungsoption für ein weiteres Jahr, von der Finanzbehörde zur Verfügung gestellt.

Nach zwei erfolglosen Auswahlverfahren konnte die Stelle ab 1. März 2023 besetzt werden. Die Stelle ist SR 15 zugeordnet. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Fachamt RS.

### Petitum

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

# Fair statt prekär: Faire Tarife für alle – das Bündnis KulturWert

17. September 2019 / [STADTKULTUR News](#) / [Faire Bezahlung](#), [STADTKULTUR HAMBURG](#), [stadtkultur magazin](#), [Tarifgerechtigkeit](#)

Die Initiative **KulturWert** kämpft für eine leistungsgerechte Bezahlung in der Hamburger Stadtteilkultur. Auch, um den Generationswechsel, der vielen Häusern bevorsteht, schaffen zu können.

Autor\*innen: Johanna Wippermann und Timo Gorf



Die Vollversammlung der in der Stadtteilkultur Beschäftigten am 28. August 2019, Foto: KulturWert

Im Frühjahr 2018 begann eine Handvoll Kolleg\*innen aus einer Handvoll Stadtteilkulturzentren sich zu treffen, um über ihre Arbeit zu sprechen und nach Ideen für neue Konzepte zu suchen. Geeint hat die Gruppe anfänglich ihre noch junge Betriebszugehörigkeit – daher nannten sie sich „Junge Stadtteilkultur“. Zwischen dreißig und vierzig Jahre alt, mit vielen Ideen im Gepäck und hoch motiviert, waren sie in den Zentren angetreten, um ihre gelernten Fähigkeiten als Kulturwissenschaftler\*innen und Kulturmanger\*innen in der Hamburger Soziokultur anzuwenden und mit den Menschen in den Stadtteilen und Quartieren kulturelle Bildung, Projekte und Freizeitangebote zu realisieren.

Bei den Treffen kamen die Kolleg\*innen immer wieder weg von inhaltlichen Fragen und hin zu den Strukturen und Ressourcen, die der Stadtteilkultur im Allgemeinen, den Häusern und den Mitarbeitenden im Speziellen zur Verfügung stehen: Die finanzielle Ausstattung, vor allem aber die im Verhältnis zu anderen Branchen sehr niedrigen Gehälter – egal ob für die Umbauhelfenden bei Veranstaltungen, für die Projektmitarbeitenden oder die Geschäftsführungen. Die Summe auf den Lohnzetteln ist für ein Leben in einer der wohlhabendsten und teuersten Städte Deutschlands viel zu wenig. Also wurde aus der Gruppe „Junge Stadtteilkultur“ die Initiative KulturWert, die für eine leistungsgerechte Bezahlung in der Hamburger Stadtteilkultur kämpft.

„Die Aufgaben, die wir erfüllen, gehen weit über die Anforderungen hinaus, die im Hinblick auf den gleichen Lohn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erfüllen haben“ erinnert sich Alex Wilke von der Horner Freiheit an die ersten Erkenntnisse einer kritischen Auseinandersetzung. „Wenn man sich Stellenanzeigen von Ausschreibungen des öffentlichen Dienstes und von Kulturbetrieben anschaut und deren Anforderungen liest, dann müssten alle von uns eigentlich mehrere Entgeltstufen nach oben rutschen“ sagen Johanna Wippermann und Martina Quast vom Kulturzentrum Bürgerhaus in Meiendorf.

Réka Csorba vom Kulturschloss Wandsbek ergänzt, „dass es in den vielen Zentren gar keine Anwendung von Tarifverträgen gibt, die Globalrichtlinie Stadtteilkultur aber als Vorgabe für alle Angestellten das sogenannte ‚Besserstellungsverbot‘ fordert“. Dabei sollte es „doch besser ein Schlechterstellungsverbot geben, das würde den Senat dann auch dazu zwingen, die Kolleg\*innen in den Zentren mit den gleichen Ressourcen auszustatten wie Mitarbeitende in anderen vergleichbaren öffentlichen Einrichtungen“, sagt Timo Gorf, Betriebsrat bei der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg. Timo ist seit vielen Jahren bei der Gewerkschaft ver.di aktiv, das Thema der leistungsgerechten Bezahlung in der Hamburger Soziokultur beschäftigt ihn, seit er 2009 als Projektassistent in der Stadtteilkultur begonnen hat.



Die Vorstellung und Diskussion der Forderungen auf der Vollversammlung, Foto: KulturWert

Vor etwa einem Jahr hat sich die Gruppe an den Gewerkschaftssekretär André Kretschmar gewandt, um zu horchen, ob die Gewerkschaft eine Verbündete im Kampf für eine faire Entlohnungsstruktur sein kann. Kurze Zeit später gab es dann erste Treffen der Gruppe mit ver.di und man war fest entschlossen, den Kampf für eine faire Entlohnungsstruktur in der Soziokultur mit den politischen Akteuren in der Hansestadt aufzunehmen.

Schwierig an der Gesamtlage ist, dass die Zentren, Bürgerhäuser und auch Community Center allesamt eigene (Vereins-) Strukturen haben und es den klassischen Gegenspieler so nicht gibt. Die Vereine oder Stiftungen sind die Arbeitgeber der Angestellten in den Häusern, ein Großteil des Geldes wird aber durch die Stadt Hamburg in Form von Zuwendungen bereitgestellt.



Diese Zuwendungen sind grundsätzlich viel zu gering, um den Angestellten eine faire Entlohnung oder gar Anspruch auf Tarifleistungen wie Überstundenzuschläge oder Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld zu gewähren. Der Aktivengruppe ist es besonders wichtig, dass alle Häuser solidarisch miteinander sind und gemeinsam die Forderungen erkämpfen. Unabhängig, ob klein, groß, in Hamburg-Mitte oder Harburg: Bei diesem Kampf geht es um die Zukunft der Arbeitsfähigkeit der Häuser.

Der Generationswechsel in der Stadtteilkultur wird in den kommenden fünf bis zehn Jahren die Struktur und Arbeitsweise der Häuser nachhaltig verändern und muss daher mit sehr gut ausgebildetem Personal ausgestattet sein. Die Pionierarbeit der Gründergeneration, das damalige Erkämpfen von Immobilien und Anerkennung, später durch den Staat in Form von Zuwendungen, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Kulturarbeit, egal ob akademisch fundiert oder in vielen Ausbildungsberufen, zu einer attraktiven Berufswahl im Sinne des Gemeinwohls geworden ist.

Diese spezialisierten Fachkräfte wird es aber nicht mit Dumpinglöhnen geben. Und auch die „alten Hasen“, die nach etlichen Jahrzehnten Kultur- und Bildungsarbeit bald in Rente gehen und mit ihren Gehältern nie die Möglichkeit hatten, ein finanzielles Polster aufzubauen, überlegen nun, wie sie ihre zukünftige Rente aufbessern können – vielleicht durch einen steuerfreien Minijob im Kulturzentrum um die Ecke?

#### **Das Bündnis KulturWert fordert für die Stadtteilkultur:**

- einen gerechten Tarifvertrag und eine gerechte Einstufung für alle Beschäftigten
- mehr Geld, um eine Bezahlung zu ermöglichen, die den komplexen Aufgaben entspricht
- mehr Geld für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, damit nicht weiterhin wenige Beschäftigte immer mehr Aufgaben bewältigen müssen
- dauerhafte Arbeitsverträge für befristet eingestellte